

Hildebrandt

Von: Zimmermann Sabine [sabine.zimmermann@bundestag.de]
Gesendet: Mittwoch, 12. Februar 2014 11:03
An: Siegfried Hildebrandt
Betreff: AW: Rentenversicherung/Generationengerechtigkeit

Sehr geehrter Herr Hildebrandt,

Angesichts der leichten Verbesserungen in der Rente, die die große Koalition plant, geht ein Aufschrei durch das Land: Die Verbesserungen seien Geschenke an die Alten, die die Jungen ungehörig belasten würden, heißt es in vielen Medien und Stellungnahmen.

Aus Sicht der LINKEN gehen die Verbesserungen bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten, beim abschlagsfreien Rentenzugang für besonders langjährige Beitragszahlende, bei den Erwerbsminderungsrenten und dem Reha-Budget in die richtige Richtung, aber nicht weit genug.

Der zusätzliche Entgelt für vor 1992 geborene Kinder führt lediglich zu einer Besserstellung, nicht aber zu der eigentlich gebotenen Gleichstellung mit Kindererziehungszeiten, die für nach 1992 geborene Kinder angerechnet werden. Dabei hatten es gerade die älteren Mütter - vor allem im Westen - schwer, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Die sogenannte Rente ab 63 gilt nur für einen begrenzten Zeitraum. Dann wird aus ihr eine Rente ab 65. Ungerecht ist hier also vor allem, dass die jungen Jahrgänge nicht mehr davon profitieren und dass es für alle, die die langen Wartezeiten nicht erfüllen bei der Rente erst ab 67 bleibt. Bei den Erwerbsminderungsrenten müssen über das Geplante hinaus die Abschläge gestrichen werden. Denn sie sind ungerecht und mindern die Rentenleistung empfindlich. Das Reha-Budget muss konsequent am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden, damit alle Beschäftigten gut unterstützt werden, gesund und in Arbeit altern zu können.

Alle diese Maßnahmen sind nötig, beheben aber letztendlich nur Schäden an Teilbaustellen des Rentensystems. Um die Gesamtarchitektur auf sichere und zukunftsfähige Füße zu stellen, müssen falsche Weichenstellungen, die die Regierungen aus SPD, Grünen und Union getroffen haben, grundlegend korrigiert werden. Denn der Generalangriff auf die Generationengerechtigkeit besteht nicht in Leistungsverbesserungen, sondern in den von SPD, Grünen, Union in den vergangenen Jahren vorgenommenen Kürzungen und der sozial ungerechten Finanzierung der Rente.

Die Absenkung des Rentenniveaus trifft vor allem die Jungen. Sie können

keine guten Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung mehr erwarten und sollen die Löcher, die in die gesetzliche Rente gerissen wurden, privat stopfen. Dabei ist längst klar, dass die Riester-Rente das gar nicht leisten kann. Es ist also gerade in ihrem Sinne, wenn das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente - wie von der LINKEN gefordert - wieder Lebensstandard sichernd gemacht wird.

Zweitens muss es auch für die jüngere Generation ein realistisches Rentenalter geben. 67 ist für die meisten zu lang und bedeutet mehr Abschläge und mehr Altersarmut. Auch für die kommende Generation muss daher gelten: Mit 65 dürfen spätestens alle gehen, die, die lange Beiträge gezahlt haben oder nicht mehr können, davor.

Würde die Lebensstandardsicherung wieder innerhalb der gesetzlichen Rente organisiert und wieder vollständig paritätisch - also zur Hälfte von Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen - finanziert, würden die Jungen um den finanziellen Aufwand für zusätzliche private Vorsorge entlastet und könnten sich guter gesetzlicher Renten auch in der Zukunft sicher sein. Würden alle Berufsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen, die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft und die hohen Rentenansprüche abgeflacht, entstünde weiterer Spielraum für Leistungsverbesserungen und sozialen Ausgleich. Würde der auch in einer alternden Gesellschaft weiterhin vorhandene Produktivitatzuwachs gerecht auf Löhne und Gewinne verteilt, wäre der demografische Wandel ohne Weiteres bewältigbar. Um Generationengerechtigkeit herzustellen, muss also soziale Gerechtigkeit durchgesetzt werden. Dafür kämpft DIE LINKE.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Zimmermann